

Und dann prallt die deutsche Werbetour für eine grüne Zukunft auf die Realität

Welt, 24.08.2022, Robin Alexander

<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus240639373/Scholz-in-Kanada-Dann-prallt-die-Werbetour-fuer-die-gruene-Zukunft-auf-die-Realitaet.html?icid=search.product.onsitesearch#> =

In Kanada werben Kanzler Scholz (SPD) und Wirtschaftsminister Habeck (Grüne) für langfristige Öko-Investments. Doch das, was Deutschland kurzfristig braucht, kann Kanadas Premier Trudeau ihnen nicht zusagen: Gas. Ein zentraler Zielkonflikt deutscher Energiepolitik wird offenbar.

Justin Trudeau würde Olaf Scholz (SPD) so gerne kurzfristig aus der Klemme helfen. „Wir werden kurzfristig alles Erforderliche tun“, sagt der kanadische Premierminister, als er neben dem Bundeskanzler über den Dächern von Montreal vor die Presse tritt. „Wir werden sehen, ob es sinnvoll ist, Flüssiggas zu exportieren und direkt nach Europa auszuführen.“ Doch dann fügt er hinzu: „Wenn es geschäftlich vertretbar ist.“

Scholz steht daneben und lächelt etwas gequält. Der Kanzler ist für drei Tage auf die andere Seite des Atlantiks gereist. Er hat auch noch seinen Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) dabei sowie CEOs und Vorstände von fast einem Dutzend wichtiger deutscher Unternehmen. Der Trip sollte die neue Außenhandelspolitik der Ampel illustrieren: langfristige, lukrative Investments in eine CO₂-freie Wirtschaft der Zukunft. Doch jetzt wird sie, wie so vieles, überschattet von der deutschen Energiekrise.

Deutschland und Kanada wollen Wasserstoff-Abkommen abschließen

Deutschland und Kanada haben eine engere Zusammenarbeit im Energiesektor vereinbart. Die Kooperation sei vor allem beim Thema Wasserstoff wichtig. Kanada hat jedoch weder LNG-Terminals an der Ostküste für Flüssiggasverschiffung noch eine großangelegte Wasserstoffproduktion.

Kanada möchte gerne riesige Windkraftanlagen bauen, mit denen Wasserstoff hergestellt wird, der dann nach Deutschland exportiert wird. Das zweitgrößte Land der Erde will gerne Mineralien und Seltene Erden verkaufen, die für die Speicherung der neuen, grünen Energien in Deutschland gebraucht werden und für die neuen, mit Elektrizität betriebenen Autos von Volkswagen und Mercedes-Benz. So rohstoffreich wie Russland – aber eine Demokratie. Das ist die heimliche Überschrift dieser Reise.

Olaf Scholz sei „ein wahrer Progressiver“, lobt Trudeau den Kanzler: Er teile mit ihm viele fortschrittliche Werte. Gemeinsam wolle man nicht nur eine weltweite Energiewende schaffen, sondern auch die Demokratien gegen den Populismus verteidigen: „Kanzler Scholz, Olaf, die Welt braucht mehr fortschrittliche Stimmen“, preist Trudeau den Deutschen.

Der fühlt sich sichtbar wohl an der Seite des telegenen jungen Politikers, der in Nordamerika als Gegenentwurf zur überalterten und polarisierten politischen Klasse der USA gilt. Die deutsch-kanadische Freundschaft wird während der Reise in immer emphatischeren Worten beschrieben. Am Dienstagmorgen bei einer

Wirtschaftskonferenz spricht Scholz sogar von „Verwandtschaft“ zwischen Deutschland und Kanada.

Alles prima. Aber alles unkonkret. Denn die Klimaschützer Scholz und Habeck werben bei ihren offiziellen Terminen zwar tapfer für langfristige Öko-Investments, unterzeichnen Absichtserklärungen und die mitreisenden Manager auch schon konkrete Verträge.

Aber kurzfristig braucht Deutschland etwas anderes: Gas. Die schmutzige fossile Energie – und dann noch in ihrer besonders teuren, besonders unökologischen flüssigen Form: LNG, das mit schweren Tankern über die Ozeane verschifft wird.

Kanada sitzt auf riesigen Vorkommen. Aber tut sich trotzdem schwer. Denn Trudeaus Regierung – und noch stärker linksgrün regierte Regionalregierungen – will ja auch weg von fossilen Energien. Außerdem liegen die Gasfelder im kanadischen Westen, können also über den Pazifik nach Asien verschifft werden. Auch dort zahlt man gut.

Der Transport an die Ostküste und die Lieferung über den Atlantik nach Europa sind nicht nur ökologisch, sondern auch finanziell unsinnig. Jedenfalls bisher. „Wir untersuchen, wie wir am besten helfen können“, sagt Trudeau. „Unsere beste Kapazität würde darin bestehen, zum Weltmarkt beizutragen und Gas zu transportieren, das sich Deutschland und Europa dann aus anderen Quellen besorgen können.“

Er meint: Dann bliebe vielleicht von arabischen und afrikanischen Anbietern mehr für Deutschland übrig. Dann fügt er, wie um Scholz einen Gefallen zu tun, hinzu: „Aber wir suchen nach allen Möglichkeiten, wie wir den Europäern kurzfristig unter die Arme greifen können, um ihnen zu helfen, die Herausforderungen dieses Winters angesichts des eingeschränkten Gasangebots seitens Russlands zu bewältigen.“

Auf eine Nachfrage eines skeptischen kanadischen Wirtschaftsjournalisten, wie genau das gehen solle, sagt Trudeau fast genervt: „Die Unternehmen untersuchen jetzt, ob es angesichts des neuen Kontextes geschäftlich interessant ist, diese Investitionen zu tätigen.“ Ob. Nicht wie.

Der Zielkonflikt bleibt

Scholz und Habeck brechen ihre Werbetour für die grüne Zukunft nicht ab. Aber ihre Botschaft ist schwieriger geworden. Langfristig wollen sie Unternehmen und die mächtigen kanadischen Pensionsfonds überzeugen, nicht mehr fossil zu investieren. Aber kurzfristig brauchen sie den Stoff doch. Scholz meint, Deutschland und er persönlich hätten einen so guten Ruf in Kanada, dass man ihnen die Ernsthaftigkeit der deutschen Energiewende trotzdem abnehme.

Der Zielkonflikt bleibt trotzdem: Denn auch fossile Investitionen rentieren sich erst in Jahrzehnten. Das hatte Wirtschaftsminister Habeck schon bei seinem längst ikonischen Besuch in Katar erfahren, wo der Grüne sich demonstrativ vor dem Emir verbeugte.

Die Opposition verhöhnt das mittlerweile als „Knicks für nix“. Tatsächlich wollen die Katarer für ihr Gas Lieferverträge von mehreren Jahrzehnten. Aber das passt nicht

zum Ziel der Ampel, dann die deutsche Industrie längst mit ökologisch besserem Wasserstoff zu betreiben.

Ob Knicks im Nahen Osten oder Freundlichkeiten im „verwandten“ Kanada: Über den nächsten Winter müssen Deutschland und seine Regierung erst einmal allein kommen.